

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Februar 2017

www.kas.de/kolumbien

Von Friedensverhandlung zu Friedensverhandlung

KOLUMBIEN ZWISCHEN DEM BEGINN DER FRIEDENSVERHANDLUNGEN MIT DER ELN UND DER UMSETZUNG DER VEREINBARUNGEN MIT DER FARC

Das erste Halbjahr 2017 wird ausschlaggebend dafür sei, ob Kolumbien einen dauerhaften und stabilen Frieden schaffen kann. Die entscheidenden ersten sechs Monate der Implementierung des Friedensabkommens zwischen der Regierung und der FARC-Guerilla haben bereits begonnen. Was in dieser Anfangsphase geschieht, wird über Erfolg oder Misserfolg des gesamten Prozesses entscheiden. Ebenso wird dadurch ein wichtiges Signal für andere illegale bewaffnete Gruppen gesetzt, die sich noch nicht demobilisiert haben und auch weiterhin in verschiedenen Regionen des Landes operieren. Vor diesem Hintergrund beginnt die Regierung am 7. Februar nach großen Anlaufschwierigkeiten und mit gebremstem Elan in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito die Verhandlungen mit der anderen kolumbianischen Guerilla-Gruppe, der ELN (Ejército de Liberación Nacional; dt.: Nacionales Befreiungsheer). Die Verhandlungen mit der ELN könnten sich dabei als noch komplizierter herausstellen, als die mit der FARC. Obendrein beginnt bald schon der Präsidentschaftswahlkampf und auch die staatlichen Strukturen Kolumbiens erweisen sich immer wieder als Hindernis für eine effizientere Umsetzung des Friedens.

Der Friedensprozess mit der FARC: 180 entscheidende Tage für die Nachhaltigkeit des Prozesses

Seit Ende der Gespräche zwischen der Regierung und der FARC im September 2016 besteht eine bilaterale Feuerpause, die von beiden Seiten eingehalten wird. Das „Schweigen der Waffen“ ist jedoch nur ein erster notwendiger Schritt und reicht nicht aus, um einen nachhaltigen Frieden zu etablieren. Trotzdem war eines der sichtbarsten Ergebnisse des Friedensprozesses gerade die Deeskalation des bewaffneten

Konfliktes im Land, sogar noch bevor die eigentlichen Verhandlungen abgeschlossen waren. Gemäß einer jährlichen Bestandsaufnahme über die Entwicklung des Konflikts¹ war die bewaffnete Konfrontation zwischen der FARC und den kolumbianischen Streitkräften im Juli 2016 auf den niedrigsten Wert seit 52 Jahren gesunken. Die UNO hat ihrerseits versichert, dass das Gewaltpotential in Kolumbien seit Aufnahme der Verhandlungen zwischen der Regierung und der FARC um 48% zurückgegangen ist².

Nach dem negativen Ergebnis der Volksabstimmung, mit dem die Friedensvereinbarungen ratifiziert werden sollten³, hat Präsident Santos den alternativen Weg über das Parlament eingeschlagen. So hat der kolumbianische Kongress mehrheitlich das endgültige Abkommen mit der FARC verabschiedet und damit auch den Weg für das Oberste Verfassungsgericht geebnet, um ein legislatives Sonderverfahren für den Frieden anstoßen zu können. Der Mechanismus, auch fast-track genannt, erlaubt es, Gesetze schneller als gewöhnlich verabschiedet zu können, die im Zusammenhang mit der Umsetzung der Friedensvereinbarungen stehen.

Momentan befindet sich der Kongress in Sondersitzungen zur vordringlichen Verabschiedung von zehn außerordentlichen Gesetzesinitiativen der Regierung, die für die erfolgreiche Umsetzung des Abkommens Vorrang haben. Dabei wurden drei Schlüsselthemen in Angriff genommen: Erstens, das Gesetz für Amnestie und Strafminderung, das bereits verabschiedet und ratifiziert wurde und sowohl ehemalige Guerilleros als auch Mitglieder der Streitkräfte begünstigt, die keine schweren Straftaten begangen haben. Zweitens, die „Jurisdicción Especial de Paz“ (Sonderrechtsprechung für den Frieden) JEP, die bereits in der ersten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING

MARGARITA CUERVO

Februar 2017

www.kas.de/kolumbien

Lesung verabschiedet wurde und für die Aufklärung und Verurteilung schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte und das Internationale Völkerrecht zuständig sein wird, die im Rahmen des bewaffneten Konflikt begangen wurden. Das Gesetz ermöglicht gegen ehemalige Kämpfer, die schwere Straftaten begangen haben und frühzeitig und vollumfänglich ihre Schuld bekennen, mildere Strafen zwischen 5 und 8 Jahren zu verhängen. An dritter Stelle ist der Gesetzgebungsakt zu nennen, mit dem ein Übergangspassus in die Verfassung eingebaut werden soll, der die staatlichen Institutionen und Behörden verpflichtet, die Vereinbarungen zu respektieren und zu erfüllen. Der Artikel soll bis zum Jahr 2030 wirksam sein und der FARC einen Zeitraum juristischer Sicherheit garantieren, indem das Abkommen während der nächsten drei Legislaturperioden nicht rückgängig gemacht werden kann.

Es stehen noch weitere notwendige Gesetze und Reformen an, die eine Einbindung der Vereinbarungen über die Teilnahme ehemaliger Guerilleros an der Politik in die Verfassung ermöglichen sollen.⁴ In diesem Zusammenhang wird es eine ganze Reihe von Gesetzesinitiativen geben, mit denen die Wiedereingliederung von FARC-Mitgliedern in das zivile Leben erleichtert werden soll. Weiterhin sollen die Rechte politischer Minderheiten und der Oppositionsparteien garantiert und die Auslieferung von Aufständischen an andere Staaten verboten werden.⁵

Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung: Der kolumbianische Staat unter Druck

Ein wichtiger Punkt für die Gesetzgebung und die Umsetzung der Vereinbarungen ist, wie bei allem, der Anfang. Was danach wirklich passiert, hängt davon ab, wie schnell die staatlichen Institutionen reagieren und die Vereinbarungen erfüllen können. In dem Zusammenhang hat es bereits einige Vorfälle gegeben, die daran zweifeln lassen, dass der kolumbianische Staat auf die Erfordernisse dieser Übergangsphase vorbereitet ist und angemessen reagieren kann. So sollten sich zum Beispiel nach der Verabschiedung der Vereinbarungen durch den Kongress innerhalb von 30 Tagen alle

Guerilla-Truppen in bestimmte Regionen begeben.⁶ Im Moment der Erstellung dieses Berichts war der Prozess noch nicht abgeschlossen. Die Regierung hat zugegeben, dass es in all diesen Regionen – in einigen mehr als in anderen – zu Verzögerungen gekommen sei.⁷ Trotzdem bleibt die Frist für die Entwaffnung der Guerilla von 180 Tagen nach Unterzeichnung des endgültigen Abkommens auch weiterhin bestehen.

Die Mission zur Wahrheitsfindung der UNO hat einen ersten Bericht vorgelegt, in dem auf Probleme bei der Nahrungsmittel- und Gesundheitsversorgung in diesen Sammelregionen hingewiesen wird. Im Verlauf des Prozesses mussten einige der Gebiete, die als Sammelgebiet für Guerilleros ausgewiesen waren, aus logistischen Gründen oder wegen Sicherheitsproblemen gestrichen werden. Am meisten beunruhigt waren bisher die regionalen Mandatsträger, da sie eine mangelnde Kontrolle innerhalb der Zonen befürchten. So beklagte zum Beispiel der Gouverneur des Departments Antioquia den Transit von uniformierten Guerilleros außerhalb der vereinbarten Gebiete sowie Fälle von Alkoholkonsum und Prostitution innerhalb der Sammelregionen zur Demobilisierung.

Im Allgemeinen sind die meisten der Probleme auf fehlende staatliche Koordinierung oder die Unkenntnis der Regeln bei der Entwaffnung zurückzuführen. Auch wurde von einigen FARC-Deserteuren berichtet, die anscheinend weiterhin Straftaten begangen haben und begehen. All diese Probleme dürfen nicht unterschätzt werden, weil von dieser ersten sensiblen Phase die Legitimität und Nachhaltigkeit der weiteren Umsetzung des Abkommens abhängen wird. Außerdem könnte eine erfolgreiche Durchführung der FARC-Demobilisierung anderen illegalen bewaffneten Gruppen, die mit der Regierung in Friedensverhandlungen stehen – wie etwa die ELN – zeigen, wie ernst die staatlichen Institutionen ihre Verpflichtungen im Rahmen eines Friedensprozess nehmen.

Die Umsetzung der Friedensvereinbarungen und das Spiel der politischen Kräfte: begrenzter Handlungsspielraum für die Regierung und der bevorstehende Wahlkampf für 2018

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING

MARGARITA CUERVO

Februar 2017

www.kas.de/kolumbien

Wie die Verabschiedung des endgültigen Abkommens mit der FARC gezeigt hat⁸, verfügt die Regierung über eine klare Mehrheit im Kongress, die die Aufnahme der Vereinbarungen in den gesetzlichen Rahmen der kolumbianischen Verfassung unterstützt. Das Oberste Verfassungsgericht hat sich ebenfalls wohlwollend gezeigt, indem es freie Bahn für die legale Durchführbarkeit gegeben hat. Zwar wurden einige Bedenken geäußert, die sich jedoch nicht auf den Inhalt auswirken. Trotzdem darf dabei nicht übersehen werden, dass die Verabschiedung aller Teile des Abkommens und ihre Umsetzung noch vor dem Regierungswechsel Mitte 2018 durch den Zeitdruck und die aktuelle politische Situation erschwert werden könnten.

Auch wenn die Regierung bis jetzt über eine breite Mehrheit im Kongress verfügt, hat sich bereits nach den Regionalwahlen Ende 2015 die Tendenz in den Parteien abgezeichnet, sich nicht weiter von Präsident Santos „prägen“ zu lassen. So hat zum Beispiel der neue Vorsitzende der Konservativen Partei, Hernán Andrade, mitgeteilt, dass er seine Partei „ent-santifizieren“ will und spielt damit auf die Absicht der politischen Parteien an, sich auf den nächsten Wahlkampf vorzubereiten. Man wendet sich also vom Präsidenten ab, der sich bereits „con el sol a cuestas“ (mit der Sonne im Rücken) befindet⁹ und dessen Popularitätswerte immer weiter sinken.¹⁰

Es hat auch nicht an Kritik am Friedensprozess gefehlt. So wurde zum Beispiel die Sonderrechtsprechung für den Frieden zwar in der ersten Lesung vom Kongress verabschiedet, jedoch vom Generalstaatsanwalt Jorge Humberto Martínez scharf kritisiert. Die Partei Centro Democrático hat sich beim Gesetzgebungsverfahren zur Verabschiedung des „Gesetzespaketes“ enthalten und damit demonstriert, dass sie dieses Verfahren für einen illegitimen Prozess hält.

Die Verhandlungen mit der ELN: Guerilla mit einer anderen Dynamik und unterschiedlichen Verhandlungspunkten

Vor dem oben beschriebenen Hintergrund werden nun Verhandlungen mit der anderen linken Guerilla-Gruppe in Kolumbien aufge-

nommen, der ELN. Der Beginn der Verhandlungen ist für den 7. Februar in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito vorgesehen. Bevor hier die einzelnen Punkte der Verhandlungsagenda aufgeführt werden, soll kurz erläutert werden inwiefern sich die ELN von der FARC unterscheidet.

Während die FARC als Guerilla im ländlichen Raum gegründet wurde, ging die ELN 1964 aus dem Projekt einer Studentenvereinigung hervor. Ihre Ideen waren einerseits von der kubanischen Revolution beeinflusst, hatten aber andererseits auch einen stark religiösen Einschlag, und zwar auf der Grundlage der Befreiungstheologie. Die ELN versteht sich als eine marxistisch-leninistische Guerilla, identifiziert sich jedoch auch mit nationalen Aufständen, die sich gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, wie z.B. Erdöl wenden. Außerdem wollen sie die soziale Ungerechtigkeit bekämpfen, die in vielen Regionen des Landes herrscht. Daraus erklärt sich auch die tiefe Verwurzelung der ELN in den Regionen und ihr Verhältnis zur Bevölkerung sowie zu einigen Bewegungen der Zivilgesellschaft, vor allem in Regionen, die sich weit entfernt vom Regierungszentrum befinden und vom sozio-ökonomischen Entwicklungsprozess ausgeschlossen sind.

In den 80er Jahren gab die ELN die Idee auf, ein reguläres Heer aufzubauen und konzentrierte sich darauf, stark dezentralisierte und autonome Fronten zur bilden und diese auf verschiedene Gebiete des Landes auszudehnen. Diese Taktik war entscheidend für ihren Erfolg.¹¹ Während also die FARC eine pyramidenförmige, hierarchische Struktur besaß, zog die ELN eine horizontale Befehlsstruktur vor. Wenn die ELN auch keine so breite militärische Basis besitzt – man schätzt die Truppenstärke auf ca. 2.000 Mann¹² – so hat sie doch einen nicht zu vernachlässigenden politischen und sozialen Einfluss in den Regionen, in denen sie operiert. Es wird angenommen, dass auf jeden bewaffneten Guerillero ein Netzwerk von neun bis zehn Personen kommt, darunter Milizen und soziale Aktivisten, die Teil ihrer sozialen Basis sind.

Momentan sind die fünf Fronten, aus denen die ELN besteht, in 12 Departments des

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Februar 2017

www.kas.de/kolumbien

Landes präsent.¹³ Dabei handelt es sich meist um Gebiete, die reich an natürlichen Ressourcen sind, wo jedoch die staatliche Präsenz sehr schwach und die Infrastruktur prekär ist. Die meisten der Gebiete weisen zudem hohe Armutsraten auf. Nach Auskunft des Statistischen Amtes DANE liegen nur zwei Departments, in denen die ELN operiert, gemäß dem Index für unbefriedigte Grundbedürfnisse NBI¹⁴ über dem kolumbianischen Durchschnitt.

Auf der anderen Seite war es für die ELN aufgrund der geografischen und demografischen Gegebenheiten in den Regionen einfach, Einkünfte aus Geschäften wie illegalem Bergbau, Drogenhandel oder Erpressung zu erhalten. Während die Fälle von Erpressung in den ehemals von der FARC kontrollierten Gebieten abgenommen haben, ist in den Departments mit starker Präsenz der ELN, wie Arauca, Chocó, Cauca, Norte de Santander und Nariño, heute wieder ein Anstieg von Erpressungsfällen zu verzeichnen. Letztendlich verübte die ELN typischerweise Anschläge auf die Infrastruktur von Firmen, die Erdöl fördern oder Bodenschätze abbauen. Sie begründeten dieses Vorgehen mit ihrem nationalistischen Interesse, Kolumbien vor der Ausbeutung durch multinationale Unternehmen zu schützen.

Die Aufnahme von Verhandlungen mit der ELN: viel Skepsis und wenig Schwung in der Anfangsphase

Das Jahr 2017 begann mit der Nachricht, dass Regierung und ELN in eine Phase öffentlicher Dialoge eintreten, um so zu einem Friedensabkommen zu gelangen. Die Herausforderungen des Prozesses sind jedoch nicht geringer als zu Beginn der Gespräche mit der FARC.

Zunächst muss betont werden, dass die aktuelle Regierung nicht die erste ist, die den Versuch unternommen hat den Konflikt mit der Guerilla auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Auch frühere Regierungen sind bereits auf Misstrauen gestoßen. Seit 1974 haben verschiedene Präsidenten versucht, einen dauerhaften Frieden mit der ELN auszuhandeln. Doch die Guerilla gab sich immer als eine ideologisch radikale Gruppe und zeigte wenig Bereitschaft zu einer Ver-

söhnung. Außerdem fehlte es an jeglicher Koordinierung ihrer einzelnen Fronten.

Zwar kann nicht empirisch belegt werden, dass aufgrund der vierjährigen Verhandlungen mit der FARC sowohl in der öffentlichen Meinung als auch bei der Regierung selbst ein gewisser Überdruß hinsichtlich des Themas entstanden ist, doch subjektiv empfinden viele so. Außerdem hat die ELN den Prozess hinausgezögert und dadurch den Druck auf die Regierung verstärkt. Schon seit 2013 wurden mehrere Versuche unternommen, Friedensverhandlungen aufzunehmen. Dabei sollten auch kirchliche Einrichtungen und Gruppen der Zivilgesellschaft eine Vermittlerfunktion übernehmen – bisher jedoch ohne großen Erfolg. Eine Voraussetzung zur Aufnahme von Gesprächen war die Freilassung des entführten Politikers Odín Sánchez am 2. Februar 2017.¹⁵ Im Gegenzug wurden zwei Verhandlungsführer der ELN aus dem Gefängnis entlassen. Nun können die Gespräche am 7. Februar endlich aufgenommen werden.

Die wiederholten Übergriffe der ELN auf die staatlichen Streitkräfte und die jüngsten Vorfälle während der Umsetzung der Friedensvereinbarungen mit der FARC führten zu einer Art Verhandlungsmüdigkeit bei der Regierungskommission. Das könnte zu einem Vertrauensverlust der Kommission führen, die im Moment von dem konservativen Politiker Juan Camilo Restrepo geleitet wird. Die Verhandlungsagenda für die Gespräche mit der ELN ist auch nicht die gleiche wie bei den Verhandlungen mit der FARC. Die vorgesehenen Themen sind: Politische Partizipation und sozialer Dialog, Demokratie für den Frieden, Transformation für den Frieden, Opfer, Ende des Konfliktes und Umsetzung der Vereinbarungen.

Zu Beginn des Friedensprozesses mit der FARC gab es auch Punkte, bei denen nur schwer eine Einigung zwischen den Parteien erreicht werden konnte und die zu ehrgeizig und schwer durchführbar erschienen. Doch im Fall der ELN scheint es noch schwieriger zu werden, vor allem aus zwei Gründen: einerseits hat die ELN verlangt, dass aufgrund ihrer Verwurzelung in der Bevölkerung die Verhandlungen im Rahmen eines „breiten sozialen Dialogs“ geführt werden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Februar 2017

www.kas.de/kolumbien

Daran sollen alle Sektoren der Zivilgesellschaft aus dem ganzen Land und vor allem aus den Regionen teilnehmen. Das dürfte nicht nur aus logistischen Gründen schwierig sein, sondern würde auch bedeuten, dass in den Friedensprozess praktisch jeder Punkt mit aufgenommen werden muss, der in irgendeiner Weise für einen sozialen Dialog als wichtig angesehen wird. Auf der anderen Seite ist der Kampf der Guerillagruppe untrennbar verknüpft mit ihren Prinzipien und dem Auftrag ein „neues Entwicklungsmodell“ zu unterstützen. Dabei soll vor allem die Ausbeutung nicht erneuerbarer natürlicher Ressourcen ausgeschlossen werden, insbesondere durch multinationale Unternehmen des Bergbau- und Energiesektors. Das ist für die Regierung eine rote Linie, die sie nicht zu überschreiten bereit ist.

Staatliche Strukturen erschweren Verhandlungen zusätzlich

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine harte Verhandlungsphase mit der ELN bevorsteht, die, auch wenn sie nicht über so viele Kämpfer verfügt, doch aufgrund ihrer sozialen Basis in einigen Regionen relativ stark ist.

Gleichzeitig befindet sich das Land in einer nicht weniger heiklen Phase, nämlich der praktischen Umsetzung des mit der FARC ausgehandelten Abkommens. Der Übergang der FARC vom Krieg zu einem zivilen und politischen Leben wird nicht nur von ihrer Bereitschaft zur Demobilisierung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft abhängen. Eine Demokratie mit wirksamen Garantien für die politische Partizipation und ein solider Rechtsstaat mit einer effizienten Präsenz in allen Regionen des Landes – nicht nur militärisch, sondern auch zivil –

werden ausschlaggebend sein für den Erfolg des Prozesses. Beispiele wie die Verzögerungen und Probleme beim Aufbau der Infrastruktur und Verwaltung der Demobilisierungszonen zeigen deutlich die Schwäche und die mangelnde Planung von Seiten der zuständigen offiziellen Stellen. Was noch mehr Anlass zur Sorge gibt, ist die steigende Mordrate an sozialen Führern, die seit der Endphase der FARC-Friedensverhandlungen stark angestiegen ist und seit zwei Monaten nach der Verabschiedung des endgültigen Abkommens mit der FARC nochmals zugenommen hat.¹⁶

Auch wenn die Bemühungen der Santos-Regierung anerkennenswert sind, auf dem Weg zu einem stabilen und dauerhaften Frieden weiter voranzuschreiten, muss die Fähigkeit des Staates zur effizienten Umsetzung und Erfüllung des Inhalts der Friedensvereinbarungen mit der FARC zumindest momentan angezweifelt werden. Das lässt Zweifel an den Erfolgsaussichten der Verhandlungen mit der ELN aufkommen.

Mehr noch, die Tatsache, dass die ELN – obwohl zahlenmäßig kleiner als die FARC und in weniger Gebieten präsent – sowohl die jetzige als auch schon frühere Regierungen vor große Probleme stellte, zeigt die wohl größte strukturelle Schwäche Kolumbiens: Ein starker Zentralismus gepaart mit fehlender staatlicher Präsenz in den Regionen. Die Kombination einer stark zentrierten staatlichen Macht und einer schwachen regionalen Peripherie in der teilweise eine Kontrolle durch illegale Gruppen ausgeübt wird, ist zweifellos eine besorgniserregende Situation hinsichtlich der weiteren Entwicklung Kolumbiens und sollte nicht unterschätzt werden.

¹ CERAC. Un año de desescalamiento: conflicto casi detenido, pero que se resiste a desaparecer. Juli 2015 - Juli 2016. Verfügbar unter: <http://blog.cerac.org.co/un-ano-de-desescalamiento-conflicto-casi-detenido>

² Deutsche Welle. 19.08.2015. ONU: hay menos violencia en Colombia a partir del proceso de paz. Verfügbar unter: <http://www.dw.com/es/onu-hay-menos-violencia-en-colombia-a-partir-del-proceso-de-paz/a-18659101>

³ Gehring, H. und Cuervo, M. 2.09.2016. Angst vor Veränderung. Kolumbianer lehnen Friedensvertrag mit der Farc ab. Verfügbar unter: <http://www.kas.de/kolumbien/de/publications/46564/>

⁴ Die KAS hat gemeinsam mit der Mission zur Wahlbeobachtung MOE und verschiedenen Universitäten des Landes eine Serie von sieben KAS Papers herausgegeben, die Analysen und Empfehlungen für Entscheidungsträger zum Thema Politische Reform enthalten. Verfügbar unter: <http://www.kas.de/kolumbien/es/pages/6500/>

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO

Februar 2017

www.kas.de/kolumbien

⁵ Andere Punkte beschäftigen sich mit der Gründung einer "Einheit für die Erforschung und Enthüllung krimineller Organisationen, wie z.B. Nachfolgeorganisationen des Paramilitarismus; das Gesetz zur Schaffung einer Einheit zur Suche vermisster Personen und einer Kommission zur Wahrheitsfindung sowie die Strafrechtliche Sonderbehandlung von Personen, die Delikte begangen haben, die mit illegalen Drogenanpflanzungen zusammenhängen, aber nicht einer kriminellen Organisation angehören.

⁶ Es handelt sich um 19 ländliche Durchgangszonen zur Normalisierung und 7 Durchgangspunkte zur Normalisierung. Quelle: El Espectador. 31. 01. 2017. Radiografía de la concentración de las FARC. Verfügbar unter: <http://colombia2020.elespectador.com/territorio/radiografia-de-la-concentracion-de-las-farc>

⁷ Einige Beispiele für Verzögerungen sind z.B. Meinungsverschiedenheiten über die Pacht für die Konzentrationsgebiete; das Fehlen von Straßen, Infrastruktur und Versorgung mit öffentlichen Diensten; einige der Zonen sind unzugänglich und es fehlt an einer effizienten staatlichen Präsenz.

⁸ Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass auch wenn der Kongress 'in einem Block' für das endgültige Abkommen gestimmt hat, dadurch nur die erforderlichen Zustimmung in einer Volksabstimmung ersetzt werden sollte. Das heißt jedoch nicht, dass die einzelnen Punkte des Abkommens, die in die Verfassung integriert werden müssen, nicht noch in einer detaillierten Debatte einzeln behandelt und per *fast-track-Verfahren* verabschiedet werden müssen.

⁹ Damit wird in Kolumbien die letzte Phase der Regierungszeit eines scheidenden Präsidenten bezeichnet.

¹⁰ Momentan liegt die Beliebtheit des Präsidenten Santos bei 14% ,Quelle: El Colombiano, 20. Dezember 2016, Danach ist auch die Ablehnung gegen die FARC in der Bevölkerung von 97% unter Álvaro Uribe auf aktuell 79% zurückgegangen.

¹¹ Einige Experten für die Geschichte der ELN sehen den Moment als Scheidepunkt in ihrer Entwicklung an, als 1983 das deutsche Unternehmen Mannesmann AG große Summen an diese Guerrillagruppe zahlte, um Entführungen ihrer Mitarbeiter zu verhindern bzw. bereits Entführte zu befreien.

¹² Die FARC verfügte über mehr als 6.000 Mitglieder.

¹³ Arauca, Antioquia, Boyacá, Casanare, Cauca, Cesar, Chocó, La Guajira, Nariño, Norte de Santander, Santander y Bolívar.

¹⁴ Dazu gehören der Zugang zu Wohnung, sanitäre Versorgung. Ausbildung und Kaufkraft. Gemäss Censo Nacional 2005. Verfügbar unter: http://www.dane.gov.co/files/censos/resultados/NBI_total_30_Jun_2011.pdf

¹⁵ Der ehemalige Abgeordnete der Repäsentantenkammer für das Department Chocó wurde von der ELN am 3. April 2016 entführt.

¹⁶ El Espectador. 30.01.2017. *17 líderes sociales han sido asesinados desde refrendación del Acuerdo de Paz. 17 líderes sociales en Colombia.* Verfügbar unter : <http://www.elespectador.com/noticias/nacional/17-lideres-sociales-han-sido-asesinados-aprobacion-del-articulo-677434>